

MSG Moderne Stadtgeschichte, Bd. 53/2 (2022), 153-157

DOI: 10.60684/msg.v53i2.69

Linus Ruegge
Universität Basel

**Tagungsbericht: „Forum Stadtgeschichte 2022:
Konfliktfeld Stadt. Historische Perspektiven“**

MSG Moderne Stadtgeschichte
ISSN: 2941-6159 online
<https://moderne-stadtgeschichte.de>

Dieses Werk steht unter der [Lizenz Creative Commons Namensnennung 4.0 International](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/).

Bei den Abbildungen sind eingeschränkte Lizenzformen möglich, Weiternutzungsrechte sind gesondert abzuklären.

© Linus Ruegge 2022



Tagungsbericht: „Forum Stadtgeschichte 2022: Konfliktfeld Stadt. Historische Perspektiven“, am 2. und 3. Juni 2022 in Hamburg

Mit dem „Forum Stadtgeschichte“ veranstaltet die GSU im Zweijahresrhythmus eine Nachwuchstagung. Nach pandemiebedingtem Aussetzen fand die Veranstaltung nun an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte (FZH) in Hamburg statt. Zum Thema „Konflikte“ präsentierten Doktorierende aus dem Feld der Stadtgeschichte der Neuzeit vorab eingereichte Texte und diskutierten diese untereinander und mit etablierten Forscher*innen.

David Hager (Amiens) beleuchtete „Deutsche Bombardements und französische Stadtgesellschaften abseits der Front, 1914-18“. In einem erweiterten militärhistorischen Ansatz zeichnete er die Luftangriffe zunächst nach. Städte, die nicht direkt an der Front gelegen waren, unterlagen anderen Erfahrungen als Frontstädte wie Reims oder Lens, so Hagers These. In einem nächsten Schritt will er die materiellen und psychologischen Folgen der Bombardierungen, aber auch Repräsentationen in den Blick nehmen. Hier zeichne sich in der öffentlichen Wahrnehmung ein Graben zwischen bombardierten Provinzstädten und Paris ab, aber auch zwischen Angriffen auf eigene und deutsche Städte. Dorothee Brantz (Berlin) wies in ihrem Kommentar auf das Forschungsdesiderat der Bombardements hin und stellte die Frage, was der im Untersuchungszeitraum neue, nun vertikale Luftkrieg für städtisches Leben bedeutet habe. Die Diskussion kreiste außerdem um die Frage, inwiefern „abseits der Front“ als räumliche Einschränkung operationalisiert werden könne (Was steht in einem „totalen Krieg“ denn „abseits“?).

Christina Ewald (Hamburg) untersuchte „Konflikte um den Alltag“ als lokalpolitische Aushandlungen in Hamburg während der Revolution von 1918/19. So zeichnete sie nach, wie die Revolutionsregierung die drängenden Probleme der Daseinsvorsorge lösen musste, um ihre eigene Legitimität zu begründen. Sie tat dies in Kooperation und Konflikt mit den bisherigen Verwaltungs- und Regierungsleuten, auf deren Expertise sie in der Notlage angewiesen war, wie Ewald anhand der Lebensmittelversorgung in Hamburg nachzeichnete. Die Revolution mikro- und alltagshistorisch zu beleuchten, überzeugte Kommentatorin Kirsten Heinsohn (Hamburg). Konflikte träten hier nicht als Störung, sondern als produktiver Prozess auf. Damit erschiene die Revolution anders als in der älteren Forschung nicht mehr als plötzlicher Umschwung, sondern als viel-

schichtige Entwicklung, die über die unmittelbare Revolutionszeit hinaus Folgen zeitigte. Eine differenzierte Betrachtung der beteiligten Personen benannte sie als ein Desiderat: Deren Absichten und Handlungen hätten sich über die Zeit verändert.

Kathrin Meissner (Berlin) beschäftigte sich mit Stadtplanung als gesellschaftlichem Aushandlungsprozess in Ost-Berlin. Die Planungskultur in der Kommunalpolitik im Prenzlauer Berg von 1970 bis 1990 untersuchend fokussierte sie auf die 1971 von der SED beschlossene Sanierung des schrumpfenden Altbaubezirks. Die Bürgerbeteiligung, die von der Staatsführung zum Ideal erklärt worden war, sollte hier an einem ausgewählten Projekt umgesetzt werden und wurde von Meissner nachgezeichnet. In der Praxis stieß die Beteiligung auf Hindernisse wie Ressourcenmängel, falsche Versprechen oder unvereinbare Positionen und Interessen. Meissner arbeitete dabei die Sandwichposition der Bezirksebene heraus, die zwischen Ansprüchen „von oben“ und „von unten“ zu vermitteln hatte. Der Kommentar von Celina Kress (Berlin) würdigte diesen Fokus auf konkrete Aushandlungen im Gegensatz zu planerischen Idealpositionen. Kress wünschte sich zusätzlich eine systematischere Einordnung des Problems von „Interessensgegensätzen“, die in einer sozialistischen Gesellschaft idealiter gar nicht vorkommen dürften.

Jannik Noeske (Weimar) erforschte „Information und Gegenplanung. Informationstechnologie und räumliche Planung jenseits technokratischer Machtdurchsetzung?“ und untersuchte die Anfänge der Kritik an EDV-gestützter Raumplanung. Noeske beleuchtete die kritische Informationssystemforschung in der BRD der 1970er und den Einsatz von EDV-Mitteln im Zensus- und Bauwesen der DDR ab den 1960ern, deren Daten er als eine Form von Herrschaftswissen charakterisierte. Methoden wie digitales Entwerfen, die einen offeneren Umgang mit den Daten bedingt hätten, seien in der Planung der DDR erst in den späten 1980ern zum Einsatz gekommen. In ihrem Kommentar betonte Gisela Mettele (Jena) die Verschränkungen von Technik und Politik, die in Noeskes Beitrag sichtbar wurden, und ermunterte ihn, diese systematisch zu untersuchen. Welche Hoffnungen verband die DDR mit ihrem frühen Einsatz von EDV? Welche Möglichkeiten ergaben sich daraus in der Praxis? Gab es eine Kontinuität der Daten über das Ende der DDR hinaus und was bedeutet das angesichts der Tatsache, dass es keine neutralen Daten gibt?

In seinem Abendvortrag skizzierte Clemens Zimmermann (Saarbrücken) Perspektiven zeithistorischer Stadt- und Regionalforschung. Er beleuchtete darin das Wechselverhältnis von Stadt- und Zeitgeschichte, die seit einigen Jahren immer stärker konvergierten, jedoch zeitlich eigene Schwerpunkte setzten. Im Ausblick sah Zimmermann Potenzial in der Untersuchung von Ungleichheit und Ausgrenzung, Wohnungspolitik sowie in der Migrationsge-

schichte seit den 1950er Jahren. Dabei plädierte er für Vergleichs- statt Fallstudien, um die Interlokalität und Transnationalität von Phänomenen zu beleuchten. In der Diskussion blieb diese „Ehrrettung des Vergleichs“ nicht unwidersprochen. So wies Kathrin Meissner auf die postkoloniale Kritik am eurozentristischen Entwicklungsmodell hin, die in der Stadtgeschichte noch zu wenig aufgenommen würde. Phänomenologisch forderten gerade auch nichtwestliche Städte Kategorien wie Wachstum oder Planung heraus.

Der Beitrag von Linus Ruegge (Basel) stellte sein Dissertationsprojekt zur Naturgeschichte der Tourismusstadt Luzern im 20. Jahrhundert vor. In einer Fallstudie untersuchte er Konflikte um Natur am Rotsee, einem touristisch wenig prominenten Gewässer am Stadtrand, das im Laufe des 20. Jahrhunderts von der Kanalisation zum Naturschutzgebiet aufgewertet wurde. Im Zuge dieser Aufwertung, so die Analyse, wurde „Natur“ nicht als ein kohärenter, programmatischer Begriff eingesetzt, sondern situativ je nach Anliegen für verschiedene Zwecke adaptiert. Gisela Mettele strich in ihrem Kommentar heraus, dass es am Rotsee nicht um die Rettung einer unberührten Natur vor der Verstädterung ging, sondern darum, dass ein relativ unspektakuläres und hochgradig vernutztes Gewässer zur Idylle hochgejazzt worden sei, um bestimmte jeweils partikuläre Interessen zu legitimieren. Sie riet dazu, die Bedeutung von überregionalen Diskursen wie Natur- und Heimatschutz noch stärker in die Erzählung einzuflechten.

„Fluss oder Humanisierung?“, diese Frage strukturierte Tim Zumlohs (Münster) Untersuchung von Verkehrskonflikten in Gütersloh, 1957-1973. Ein möglichst ungestörter Verkehrsfluss sei das Paradigma in den autobegeisternten Nachkriegsjahren gewesen, das Zumlohs durch Protokolle des Verkehrsausschusses nachzeichnete. Diesem Paradigma wurden durch die vielen Unfälle auch ein großes menschliches Opfer dargebracht. Um dies zu verstehen, kontrastierte Zumlohs das Flussparadigma mit Bemühungen um die „Humanisierung“ des Strassenverkehrs, die in Gütersloh und anderswo in der Einrichtung von Fußgängerzonen mündeten. Verkehr, und insbesondere Straßenverkehr, sei stets konfliktbehaftet, merkte Christoph Strupp (FZH) in seinem Kommentar an. Dabei sei es eine Herausforderung, die heutige Kritik an der Autostadt nicht an die Vergangenheit heranzutragen, sondern diese ergebnisoffen zu betrachten. In der weiteren Diskussion wurde vorgeschlagen, die Spezifika Güterslohs verstärkt in den Vordergrund zu rücken: Was lernen wir über diese Stadt, wenn wir ihre Verkehrskonflikte untersuchen?

Samaher Soliman (Berlin) präsentierte ihre Forschung zur Geschichte des Kairoer Stadtteils Heliopolis. Als Satellitenstadt auf Wüstengebiet um 1900 durch einen Privatunternehmer konzipiert und gebaut, war Heliopolis stark durch europäische Ideale von Begrünung geprägt, die jedoch auf lokale Ver-

hältnisse zugeschnitten wurden: Die Siedlung wurde als Oase in der Wüste vermarktet. Im Laufe des 20. Jahrhunderts wurde sie im Rahmen des Stadtwachstums zu einem Stadtteil von Kairo und das Interesse seiner Bewohner*innen an der Bewahrung des grünen Erbes hat es heute schwer, gegen die Bemühungen um die Erhöhung des Verkehrsflusses Gehör zu finden, wie Soliman kritisierte. Thomas Großbölting (Hamburg) erkannte den roten Faden in dieser wechselhaften Geschichte im Zusammenspiel aus kommunalen Vorgaben und den Bedürfnissen der Bewohner*innen. In seinem Kommentar regte er an, diese Geschichte um weitere Akteur*innen zu erweitern: Jene, die ein geschäftliches Interesse an der baulichen Entwicklung von Heliopolis hatten.

Pia Kleine (Berlin) untersucht in ihrer Dissertation Großsiedlungen in den beiden deutschen Staaten seit den 1980er Jahren. Diese seien, so stellte sie fest, in der öffentlichen Debatte bald als „räumlicher Problemfall“ behandelt worden, ohne jedoch den Stimmen ihrer Bewohner*innen Gehör zu verschaffen. Mit einer praxeologischen und akteurszentrierten Herangehensweise fragte sie danach, wie ebendiese Bewohner*innen Großsiedlungen als soziale Erfahrungsräume prägten, wobei sie sich als Quellen auf die zahlreichen sozialwissenschaftlichen Erhebungen und Befragungen stützen möchte, die in BRD und DDR zur Untersuchung der problematisierten Orte gemacht wurden. Dorothee Brantz wies in ihrem Kommentar auf die gegenwärtige Relevanz der Fragestellung hin: Im Kontext von Zersiedelung, Klimawandel und demografischer Entwicklung könnten Großsiedlungen bald schon wieder als zukunftssträchtig gelten. Auch seien diese, und hier sei der DDR-BRD-Vergleich vielversprechend, nicht immer schlecht angesehen gewesen.

„Alles nur Theater? Städtische Repräsentationen Güterslohs im Wandel (1970–2020)“ von Joana Gelhart (Hamburg) untersuchte den jahrzehntelangen Streit um einen Theaterneubau in Gütersloh und fragte danach, was dieser über das Selbstverständnis der Stadt aussagen kann. Das Bemühen um den Bau eines Theaters verortete Gelhart dabei als ein Bemühen, als Kulturstadt auf der mentalen Karte der BRD verzeichnet zu werden und damit dem azyklischen Boom der Stadt in der Nachkriegszeit Rechnung zu tragen: Das Wachstum sollte als „Nachholung“ auch auf symbolischer Ebene nachvollzogen werden. Eine Bürger*innenbewegung wehrte sich jedoch lange Zeit erfolgreich gegen den Bau, der ihnen als Ausdruck eines luxuriösen Prestigestrebens gegolten habe. Clemens Zimmermann war davon angetan, dass Kulturpolitik wieder einmal in den Fokus stadtgeschichtlicher Forschung gerückt sei. Er hielt es für erklärungsbedürftig, dass in Gütersloh bereits in den 1970er Jahren mit Argumenten einer Kulturökonomie hantiert worden sei. Die Stadt fordere den vorherrschenden Blick auf Städte in dieser Epoche als krisengeschüttelt heraus.

Zum Abschluss wurde versucht, die disparaten Ansätze, in deren Zusammenhang Konflikte besprochen wurden, zusammenzubringen. Was bedeuteten Konflikte für den urbanen Raum – und umgekehrt: Sind Städte privilegierte Orte einer Geschichte von Konflikten? Letztere Frage wurde überwiegend verneint, wenn auch die hohe Dichte und Diversität an Nutzungen den urbanen Raum durchaus oft mit Konflikten belädt. Konflikte unterscheiden sich aber nicht entlang der Kategorien von Stadt und Land. Darüber hinaus sind Konflikte oft Auslöser intensiver Quellenproduktion: Man denke an Gerichtsakten als Überbleibsel institutionalisierter Konfliktlösungspraxis, aber auch an Beschwerdeschreiben, Petitionen, Landkarten und so weiter. Trifft Marc Blochs Charakterisierung des Historikers als „Menschenfresser“ (auch in Zeiten des More-Than-Human) noch zu, der seine Beute dort weiß, „wo er Menschenfleisch wittert“, kann es nicht verwundern, dass Konflikte einen speziellen Platz in der Geschichtsschreibung gefunden haben. Sie lenken unseren Blick auf die Akteursebene und ermöglichen es, Handlungsspielräume und Wahrnehmungshorizonte zu rekonstruieren. Der direkte Blick auf Konflikte, aber fast mehr noch der indirekte Blick durch Konflikte ist aufschlussreich für eine Vielzahl von historischen Fragestellungen, wie die Tagung gezeigt hat. Insofern finde ich es erstaunlich, dass diese in den Geschichtswissenschaften selten theoretisiert worden sind.

Linus Ruegge, Universität Basel, Departement Geschichte, linus.ruegge@unibas.ch